DER HAUPTSTADTBRIEF
AM SONNTAG
03. WOCHE
24.JANUAR 2021
WWW.DERHAUPTSTADTBRIEF.DE

Schande

Die Singularität des Holocaust wird von alten und neuen Rechten zur selbstgefälligen Stilisierung missbraucht. Was ist da nur los? | Von Maram Stern

Der Internationale Holocaust-Gedenktag an diesem Mittwoch wird gleich von mehreren Entwicklungen überschattet. Zum einen hindert uns die Corona-Pandemie daran, dass wir an diesem Tag das tun dürfen, was wir so dringend tun müssen: persönliche Begegnungen mit den wenigen Überlebenden haben, die Zeugen dieses ungeheuerlichen Verbrechens sind. Ihren Worten und Schilderungen lauschen, ihren Schmerz teilen, aber auch ihren Kampfgeist wider das Böse erleben. Vieles davon müssen wir durch digitale Formen des Gedenkens ersetzen, aber die Eindringlichkeit und Nähe eines persönlichen Eindrucks können diese nicht ersetzen.

Überschattet wird das Holocaust-Gedenken in diesem Jahr aber auch von einer mentalen und charakterlichen Deformation, die um sich greift. Ich spreche von Verschwörungsmythen. In ruhigeren Zeiten belächelt man Menschen, die sich aus Bruchstücken von Informationen und sehr viel Einbildung eine eigene Weltsicht zusammenschustern. In dieser unruhigen Zeit erleben wir aber, wie gefährlich das werden kann. Denn das Denken prägt das Handeln, und verwirrte Menschen können sehr viel Schaden anrichten.

Die Mechanik der Verschwörungsmythen ist bekannt und vielfach beschrieben. Sie knüpfen an tatsächlichen oder auch nur vermeintlichen Missständen an und konstruieren ein regelrechtes System aus Feindbildern, in das sich nach Belieben von Georg Soros oder Bill Gates bis zum Polizeibeamten auf der Straße oder dem eigenen Nachbarn jeder und jede einordnen lässt. Aus der eingebildeten Übermacht und Bedrohlichkeit dieser Sündenböcke leitet man dann für sich das Recht ab, Regeln zu missachten, Gesetze zu brechen und auch gewalttätig zu werden. Verschwörungsmythen wirken letztlich wie Drogen. Ihre Konsumenten wollen immer mehr davon haben, und es muss immer härter werden.

Beliefert werden diese Süchtigen auch von Politikern. Der glücklich überwundene Trump hat sie sich zunutze gemacht. Er hat seine eigene Verschwörungstheorie geschaffen, und er hat dabei auf bestehende zurückgegriffen. Viele seiner Anhänger, die am 6. Januar das Kapitol stürmten, haben eine eindeutige Vorgeschichte in rechtsextremen und antisemitischen Organisationen. Zu unrühmlicher Bekanntheit ist QAnon gelangt. Man muss es so deutlich sagen, diese kriminelle Gruppe ist eine wahre Dreckschleuder an Unfug, Lügen und Hass.

Auch in Deutschland kennen wir das Phänomen, und auch in Deutschland gibt es mit der AfD eine politische Kraft, deren Geschäftsmodell wesentlich auf Hass, Lügen und Aufwiegelung beruht. Auch in Deutschland haben wir erlebt, dass radikalisierte Fanatiker in den Reichstag eindringen wollten. Und einen Teil solcher Leute hat die AfD selbst in den Reichstag eingeladen. Im Zuge der Pandemie möchte man aus der Unsicherheit und der Unzufriedenheit Kapital schlagen, und dazu ist jedes Mittel recht. Man verbündet sich mit allen, die in irgendeiner Form ihren Selbsthass ausleben und auf andere projizieren müssen.

Als besonders widerlich empfinden ich und viele andere den Versuch sogenannter Coronaleugner, für sich selbst eine Opferrolle in Anspruch zu nehmen, die den Opfern des Holocaust gleichkommt. Obwohl man Seite an Seite mit bekannten Neonazis marschiert, behauptet man, sich im Kampf gegen eine neue Nazi-Diktatur zu befinden. Man vergleicht sich mit Sophie Scholl oder Anne Frank – eine Überhöhung und Anmaßung, die jegliche reflektierte Distanz vermissen lässt und zugleich eine Relativierung der tatsächlichen historischen Geschehnisse bedeutet. Die Singularität des Holocaust wird zur selbstgefälligen Stilisierung missbraucht.

Mittlerweile heftet man sich bei Demonstrationen in diesen Kreisen auch Judensterne an. Ich weiß nicht, was schändlicher sein könnte, als sich im Angesicht der hochbetagten Überlebenden von Auschwitz, Majdanek und tausender anderer Konzentrationslager und Ghettos an deren Leidensgeschichte zu vergreifen. Es ist der Inbegriff von Empathielosigkeit, Verblendung und Zynismus. Wer das Glück hat, im heutigen Deutschland in Frieden und Freiheit leben zu können, der sollte ein Mindestmaß an Anstand und Demut gegenüber den wirklichen Opfern des Holocaust entwickelt haben.

Aber ich mache mir keine Illusionen, dass diese Instrumentalisierungen aufhören. Das Überschreiten aller roten Linien gehört zum Konzept. Diesen Leuten ist nichts heilig. Gestern waren es die Geflüchteten aus Syrien, heute ist es die Pandemie, und morgen wird es einen neuen Grund geben zu hetzen, aufzuwiegeln und die Geschichte zu missbrauchen und umzudeuten. Solchen Leuten kann man nur zurufen: Schande über Euch!

Das bedeutet allerdings nicht, dass wir dem Treiben tatenlos zusehen müssten. Es muss immer zwei Antworten geben, eine staatliche und eine zivilgesellschaftliche. Ordnungsbehörden haben den Spuk viel zu lange mitgemacht, die Polizei war vielerorts merkwürdig passiv und desinteressiert, selbst wenn Leute ihre eintätowierten Hakenkreuze spazieren führten. Man kann das aber nicht als Kleinkram abtun, der den bürokratischen Aufwand nicht lohnt. Denn genau darauf spekulieren die Hetzer, dass sie Stück für Stück kleine Freiräume für sich etablieren.

Zur staatlichen Antwort gehört auch die Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz und auf Sicht die Prüfung des Parteienverbots. Auch die AfD selbst hat schon viele rote Linien überschritten. Man muss sich nicht dümmer stellen, als man ist. Man muss nicht so tun, als wüsste man nicht, mit welchen Leuten und welcher Anhängerschaft man es zu tun hat. Es ist müßig, die AfD in Flügel oder Strömungen zu unterteilen und mit der Lupe nach scheinbar „Gemäßigten" zu suchen. Es ist wie bei Trump: Wer dabei ist, ist dabei. Genug der Ausreden!

Zur zivilgesellschaftlichen Antwort gehört die Kampagne #WeRemember, die der Jüdische Weltkongress zum Internationalen Holocaust-Gedenktag gestartet hat. Hunderte von Politikern, Künstlern, Sportlern und anderen Prominenten gehen voran und halten das Andenken an Opfer und Hinterbliebene wach. Zehntausende Menschen in den sozialen Medien zeigen mit Fotos ihre Anteilnahme und machen deutlich: Kein Vergessen! Und nie wieder!

MARCO LIMBERG

MARAM STERN
ist Executive Vice President des World Jewish Congress (WJC).

Wahlen nach Zahlen

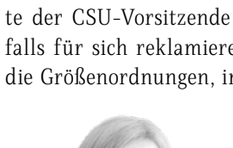
Warum sich die CDU in der K-Frage nicht von der CSU die Antwort vorgeben lassen wird | Von Ursula Münch

Der Parteivorsitzende wird auch Kanzlerkandidat der Union sein.

Das steht seit der verunglückten Selbstinszenierung von Friedrich Merz, aber auch von Laschets „Teampartner" Jens Spahn im Umfeld des CDU-Parteitags fest. Dagegen wird noch mehrere Wochen lang offenbleiben, ob der neu gewählte CDU-Vorsitzende Armin Laschet die Unionsparteien als Kanzlerkandidat tatsächlich in den Bundestagswahlkampf führen darf oder ob ihm der Vorsitzende der CSU, Markus Söder, die Kandidatur streitig machen kann und wird. Weder dessen „Mein-Platz-ist-in-Bayern-Mantra" noch Söders Beschreibung der protokollarischen Reihenfolge (der CDU komme angesichts ihrer Größe das „geborene Vorschlagsrecht" zu, die CSU habe aber ein Vetorecht) tragen zur Klärung dieser Frage bei. Ein paar andere Sachverhalte dagegen schon.

Zunächst lässt sich das Fehlen eines Präzedenzfalls konstatieren: Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik fand ein unionsinterner Kanzlerkandidatenstreit zwischen den Vorsitzenden beider Schwesterparteien statt. 1980 hatte der damalige CDU-Partei- und gleichzeitige Bundestagsfraktionsvorsitzende Helmut Kohl angesichts der Aussichtslosigkeit, eine unionsgeführte Bundesregierung bilden zu können, frühzeitig auf die Kandidatur des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht (CDU) gesetzt. Dieser Plan scheiterte an Franz Josef Strauß, der unter Einsatz CSU-typischer Erpressungsrhetorik – also der Androhung, die CSU könne ja auch außerhalb Bayerns antreten – von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Kanzlerkandidaten gekürt wurde. 2002 traf Angela Merkel angesichts des Widerstands, der ihr aus den Reihen der eigenen Partei entgegenschlug, eigenständig die Entscheidung, die Kanzlerkandidatur Edmund Stoiber (CSU) zu überlassen.

Die zutreffende Feststellung, die CDU sei mit der Personalunion von Parteivorsitz und Kanzlerschaft gemäß dem Vorbild von Konrad Adenauer (1949-1963), Kurt-Georg Kiesinger (1966-1969), Helmut Kohl (1982-1998) und Angela Merkel (2005-2018) immer gut gefahren, trägt auch nicht zur Klärung der K-Frage bei. Diese Personalunion könnte der CSU-Vorsitzende Söder ja ebenfalls für sich reklamieren – auch wenn die Größenordnungen, in denen sich die Schwesterparteien bewegen, zwangsläufig deutlich voneinander abweichen: Den etwas mehr als 400000 Parteimitgliedern der CDU stehen derzeit immerhin fast 140000 CSU-Mitglieder gegenüber. In 15 Landtagen stellt die CDU aktuell 488 Parlamentarier, im Bayerischen Landtag umfasst die CSU-Fraktion 85 Abgeordnete. In der Unionsfraktion im Bundestag lautet das Zahlenverhältnis der Abgeordneten 200 zu 46.


DPA

PROF. DR. URSULA MÜNCH
ist Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing.

An diesem Zahlenverhältnis zwischen CDU- und CSU-Abgeordneten würde sich auch durch einen von der CSU gestellten Bundeskanzler nur wenig ändern. Breiter parlamentarischer Rückhalt sieht anders aus. Das gilt besonders dann, wenn es – wie in der Vergangenheit gelegentlich geschehen – zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den Schwesterparteien kommen sollte. Noch wahrscheinlicher sind jedoch Missheligkeiten über die zukünftige Besetzung der Spitzenposition: So würde im Falle eines CSU-Bundeskanzlers bereits im Laufe der anstehenden 20. Wahlperiode unter den CDU-Abgeordneten ein ungeduldiges Grummeln einsetzen, wie lange man der kleinen Schwesterpartei eigentlich noch den Vorrang einräumen und darauf verzichten wolle, selbst den Kanzler zu stellen. Womöglich wäre also ein Kanzler(kandidat) der CSU für die CDU nur dann „erträglich", wenn er mit Blick auf sein Lebensalter eine Übergangslösung darstellen würde. Ein Ausdruck und ein Szenario, die weder dem CSU-Vorsitzenden noch seinen Ambitionen gerecht werden.

PICTURE ALLIANCE/DPA | MICHAEL KAPPELER

Hat gut lachen, Armin Laschet

Aus Sicht der CSU, Teilen der CDU, aber auch der bundesdeutschen Öffentlichkeit spielen die ungleichen Zahlenverhältnisse, die der Position der CSU als Regionalpartei mit Wirkungskraft auf Bund und EU geschuldet sind, angesichts einer anderen Zahl jedoch kaum eine Rolle: Sie interessieren allein die in Meinungsumfragen zum Ausdruck kommenden Zustimmungsquoten für Söder als möglichem Kanzler. Nicht nur der CSU-Vorsitzende ist sich dieses Pfunds in der Debatte, welcher Kandidat wohl die besten Chancen bei der konkreten Wahlentscheidung der Wählerinnen und Wähler haben dürfte, bewusst.

Gleichzeitig ändern aber selbst gute Umfrageergebnisse des bayerischen Ministerpräsidenten an zwei Sachverhalten nichts: Zum einen wird die CDU bei der Entscheidung über die Kanzlerkandidatur an ihrem frisch gewählten Vorsitzenden Laschet festhalten und der CSU beziehungsweise Söder mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht freiwillig den Vortritt geben.

Und für diese Haltung hat die große Schwesterpartei eine gute Begründung: Ihr wichtigstes Ziel, nämlich weiterhin die stärkste Fraktion und den Bundeskanzler zu stellen, wird die Union mit einem CDU-Kanzlerkandidaten auf jeden Fall erreichen. Ob Söder tatsächlich für einen größeren Erfolg und damit für das Erreichen von (noch) mehr Mandaten stehen würde, ist nicht nur wegen der Unwägbarkeiten einer wahlsystembedingten weiteren Vergrößerung des Bundestages kaum zu kalkulieren. Zum anderen bliebe es im Falle eines bayerischen Kanzlerkandidaten beim Grundproblem der CSU. Sie würde sich in dieser bundespolitisch zweifelsohne reizvollen Konstellation ihres bisherigen Alleinstellungsmerkmals im bayerischen Parteienwettbewerb berauben: den Freistaat weiterhin grundsätzlich über den Bund zu stellen.

AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven

PRIVAT

GÜNTER BANNAS
ist Kolumnist des *Hauptstadtbriefs*. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

Geblockt

Nachdem Helmut Kohl 1998 die Bundestagswahl verloren hatte, wurde er Ehrenvorsitzender der CDU. Erfolgreich trat er in Wahlkämpfen auf. „Die Leute wollen mich in den Versammlungen haben", beschrieb er seine Gefühlslage. „Der alte Elefant ist noch unterwegs. Das tut mir gut." Kohl nahm, ehe er im Spendensumpf versank, an Sitzungen der Führungsgremien der CDU teil, wo er sich so aufführte, als sei noch er der Vorsitzende – und nicht etwa Wolfgang Schäuble, der Amtsinhaber. Angela Merkel, die damals neue CDU-Generalsekretärin, erlebte es als Zeugin und Betroffene. Nun ist sie seit mehr als zwei Jahren nicht mehr CDU-Vorsitzende. Aus Wahlkämpfen hält sich die Bundeskanzlerin heraus. Doch trotz ihrer Ankündigung, bei der nächsten Bundestagswahl nicht mehr antreten zu wollen, hält sie das Heft des Handelns in der Hand. Stets wurden ihre Lieblingskandidaten an die CDU-Spitze gewählt: 2018 Annegret Kramp-Karrenbauer, jetzt Armin Laschet. Zweimal wurde mit knapper Mehrheit der Aufstieg von Friedrich Merz verhindert, der – was ebenfalls die Verhältnisse in der CDU kennzeichnet – jeweils von Schäuble, dem Elder Statesman der Partei, protegiert wurde. Merkel aber brauchte sich nicht einmal offen für ihre Favoriten einzusetzen. Das besorgten Anhänger und Helfer. Das Begehren von Merz, als Wirtschaftsminister in ihr Kabinett „eintreten" zu wollen, hat die Kanzlerin jetzt wieder abgeblockt – auch das zum zweiten Male. Die Kunst klassischer Politik, einen Gegner einzuhegen und damit dessen zahlreiche Anhänger für sich (und die Partei) zu mobilisieren, mochte Merkel mit Merz nicht ausprobieren.

Merkel war es nicht egal, wer unter ihr der CDU vorsitzt. Mit Kramp-Karrenbauer ging „die Chefin" auf überaus robuste Weise um. Nur einmal ließ sich die Kanzlerin übertölpeln: als sich AKK im Sommer 2019 selbst zur Verteidigungsministerin ausrief, während Merkel noch andere Lösungen zur Nachfolge von Ursula von der Leyen erwog. Im CDU-AfD-Thüringen-Konflikt fuhr Merkel der amtierenden Vorsitzenden brutalstmöglich in die Parade. Dass das Tischtuch zwischen den beiden Frauen zerschnitten ist, zeigten ihre Reden auf dem CDU-Parteitag: Kein Dank, keine Würdigung. Nun also Laschet? In der Coronapolitik ist Markus Söder dem Alarmismus Merkels näher als Laschet. An langer Leine führt die Kanzlerin die Unionsparteien. Nur CDU-Ehrenvorsitzende ist sie noch nicht.

GEGRÜNDET IM NOVEMBER 1999: Ernst Dieter Lueg (†), Fernsehjournalist, Prof. Diether Huhn (†), Richter und Publizist, Detlef Prinz, Verleger, und Bruno Waltert (†), Chefredakteur der Berliner Morgenpost a. D.

IMPRESSUM *Der Hauptstadtbrief* am Sonntag ist eine Publikation von PrinzMedien und erscheint wöchentlich in der Berliner Morgenpost | Verleger: Detlef Prinz | Herausgeber: Ulrich Deppendorf | Chefredakteur: Lutz Lichtenberger (verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes) | Kolumne: Günter Bannas | Layout: Gordon Martin
Anschrift für alle: Hauptstadtbrief Berlin Verlagsgesellschaft mbH | Tempelhofer Ufer 23-24 | 10963 Berlin | Tel. 030/21 50 54 00 | info@derhauptstadtbrief.de | www.derhauptstadtbrief.de | © Der Hauptstadtbrief 2020